

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2946
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksa chen 3290.

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,80 Gulden,
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Einzelnen: die 4-gelb. Zelle 0,30 Gulden, Re-
klamazelle 1,- Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,00 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen
nach dem Danziger Tageskurs.

Nr. 30 Dienstag, den 5. Februar 1924 15. Jahrg.

Zum Tode Wilsons.

Eine Trauerkundgebung im Völkerbund.

Western trat in Genf die Abrüstungskommission des Völkerbundes zusammen. In dieser Sitzung nahmen auch die Vereinten Staaten zum erstenmal an der politischen Arbeit des Völkerbundes teil, nachdem sie bisher ausschließlich an einzelnen humanitären Aufgaben des Völkerbundes mitgearbeitet haben.

Die Sitzung gestaltete sich zu einer kurzen Trauerfeier des verstorbenen Begründers des Völkerbundes Wilson. In Vertretung des tranken Präsidenten der Kommission Viviani eröffnete Schanzer die Sitzung mit einem Ausruf auf Wilson, dessen Name der Geschichte angehöre und dessen politisches Werk von der Nachwelt beurteilt werden würde. Wie aber auch unser politisches Urteil darüber lauten mag, fuhr Schanzer fort, wir haben die Pflicht, heute dem Werk des Friedensapostels, des Begründers des Völkerbundes zu huldigen. Der Gedanke des Völkerbundes war alt, aber er blieb im Bereiche der Theorie und der idealistischen Bestrebungen. Das große Verdienst Wilsons ist es, daß er diesen Gedanken für die Welt der Tatsachen und der Praxis hat umsetzen wollen, das ist ein Verdienst, das nicht vergessen werden wird. Sicherlich bleibt noch ein langer Weg zu gehen, bis der Völkerbund allen Anforderungen an ein Organ zur friedlichen Beilegung der Konflikte unter den Völkern genügen können, aber das Samenorn ist gelegt, und diese Tat Wilsons wird in der Geschichte bleiben.

Darauf sprach Lord Robert Cecil als persönlicher Freund des verstorbenen Präsidenten. Er erwähnte, daß Wilson, als er ihn zum letztenmal in Washington sah, ein gebrochener Mann war, aber er habe der unerschütterlichen Hoffnung doch noch immer Ausdruck gegeben, daß sein Volk eines wird, und daß man von Wilson einst sagen wird, nun, da er ihm gepredigt habe. Ich für meinen Teil, erklärte Lord Robert Cecil, kann nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß das Werk nicht untergehen wird. Im Gegenteil, ich bin jetzt davon überzeugt, daß es sich mehr und mehr durchsetzen wird, und daß man von ihm einst sagen wird, nun, da er tot ist, lebt er erst recht.

Dann hob Präsident Schanzer die Sitzung zum Zeichen der Trauer auf. Die Arbeitssitzung wurde auf eine Stunde später verschoben.

Ehrung des Toten in Amerika und England.

Präsident Coolidge hat anlässlich des Todes Wilsons eine Proklamation erlassen, in der er ein Begräbnis auf Staatskosten mit militärischen Ehren anordnet.

Macdonald hat an Frau Wilson sowie an die amerikanische Nation Sympathietelegramme abgeschickt, in denen er erklärt, daß das ganze englische Volk den Tod Wilsons als einen eigenen Trauerfall empfindet. Auch Lloyd George erklärt eine Kundgebung, die mit den Worten schließt: „Sein Leben und sein Tod bilden eine jener Tragödien, mit denen jedes Ringen um die Ideale verknüpft ist, die die Menschheit unsterblich machen. Wilsons Name wird ewig fortleben.“

In der Trauerbestattung Macdonalds an das amerikanische Volk heißt es: Wilson hatte eine schöne Vision der Vermint und der Weisheit, die Europa zum Frieden und zur Sicherheit führen sollten. Sein Ziel war das höchste auf Erden, vielleicht sogar zu hoch, und er ist vor seiner Verwirklichung dahingegangen. Aber das, was er geschaffen, ist nicht verloren, und in späteren Zeiten werden die Völker auf ihn und auf sein Wirken zurückblicken, und ein dankbares Urteil wird ihnen um so leichter fallen, als sie in ihm einen der großen Pioniere der Welt erkennen werden.

Nachruf der Berliner Presse.

In der „Vossischen Zeitung“ nimmt Maximilian Harden das Wort. Gewiss ist, meint er, daß Wilson für sein Land das Materielle vom Kriegsertrag nicht begehrte, ideell aber nicht so viel erreicht hat, als von ihm erhofft war. Weil Wilson erkrankte und aus der Volksgunst fiel, läßt sich mit Sicherheit die Frage nicht mehr beantworten, ob er seinen Plan durchzuführen vermocht hätte, von dem Statut des Völkerbundes aus, der ihm viel wichtiger war als alle Friedensverträge, die Reinigung der Weltluft vorzubereiten. Wilsons Verdienst ist es, sagt Harden, daß Frankreich nicht die Abheingrenze erhielt, nicht das ganze Oberschlesien und Danzig polnisch wurden, und bestimmte Termine für die Nachprüfung der Vertragsbedingungen festgesetzt wurden.

Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß Wilson nach seiner Heimkehr aus Versailles auch vom amerikanischen Volk mit Hohn empfangen wurde. Aber Hauptgegenstand des Hohnes wurde gerade das, was an Wilsons Ideen das Schönste und Reinste war, nämlich der Gedanke des Völkerbundes. Zu diesem Zusammenhang weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß sich nunmehr in Amerika eine Gegenbewegung immer deutlicher bemerkbar macht, die den sichtbarsten Ausdruck in der hervorragenden Beteiligung Amerikas an den Arbeiten der Sachverständigen-Ausschüsse findet.

Die Geheimorganisationen in Polen.

Nachdem die Organisation der polnischen P. P. P., eine Nationalorganisation, aufgedeckt und die Beteiligung weiter Kreise der Rechtsparteien an monarchistischen Aktionsplänen nachgewiesen worden war, kamen die Zeitungen der Rechten

mit Nachrichten über eine angebliche Verschwörungsaktion Pilsudskis und des früheren Ministerpräsidenten General Sikorski heraus. Besonders die Blätter des ehemaligen preussischen Teilgebietes verbreiteten diese Nachrichten. Sikorski verbreitet jetzt durch die amtliche Polnische Telegraphenagentur eine Erklärung, in der er diese Meldungen als glatte Erfindung bezeichnet. Eine Organisation, die mit seinem Namen verknüpft sei, gebe es überhaupt nicht.

Die Erhaltung der Verfassung.

Aufgaben des Senats und des Volkstages.

Von Hg. B. Gebauer.

Der Senat hat es in den drei Jahren des Bestehens der Freien Stadt noch nicht fertig gebracht, die in der Verfassung vorgesehenen besonderen Gesetze zur Durchführung der Verfassungsbestimmungen auszuarbeiten und dem Volkstage vorzulegen. So bestimmt der Artikel 4 der Verfassung, daß der polnisch sprechenden Bevölkerung freie volkstümliche Entwicklung, besonders bei dem Gebrauch der Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege gewährt werden soll. Das nähere soll durch Gesetz bestimmt werden. Ueber den Gebrauch der polnischen Sprache in der Rechtspflege und beim Unterricht sind bereits gesetzliche Maßnahmen getroffen, nicht aber über den Gebrauch der polnischen Sprache in der inneren Verwaltung. Nach Artikel 22 der Verfassung kann ein Mitglied des Senats wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung oder eines Gesetzes in den Anklagezustand versetzt werden. Auch hier ist das in der Verfassung vorgesehene besondere Gesetz, welches die näheren Bestimmungen hierüber treffen soll, noch nicht dem Volkstag vorgelegt. Nach Artikel 46 und 115 sind die verschiedenen Berufsvertretungen durch Gesetz zu schaffen, sowie deren Befugnisse festzulegen. Der Senat hatte vor einiger Zeit dem Volkstag nur einen Gesetzentwurf über Bildung der Landwirtschaftskammer vorgelegt, der nach langer Diskussion der Räten zurückgezogen wurde, bis die Gesetzentwürfe für sämtliche Berufsvertretungen vorliegen. Zur dauernden Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Geschäftszweige sollen Beamte gebildet werden, an denen die wahlberechtigten Bevölkerung als ehrenamtliche Mitglieder

beteiligt werden können (Artikel 58). Die Bestimmungen über die Wählbarkeit der Richter und ihre Amtsverhältnisse sollen durch besonderes Gesetz geregelt werden, das nur mit qualifizierter Mehrheit abgeändert werden kann (Artikel 66). Zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen, sowie zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur sind nach Art. 79 der Verfassung gesetzliche Maßnahmen zu treffen. Den unehelichen Kindern sollen durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung geschaffen werden wie den ehelichen Kindern (Artikel 82). Diese Gesetze harren noch der Erledigung. Unverzüglich nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen besondere Gesetze über Beamtenrecht und Beamtenbesoldung erlassen werden, zu deren Vorarbeiten die bestehenden Beamtenvertretungen zu hören sind (Artikel 91). Das Gesetz über Beamtenbesoldung ist bereits verabschiedet, das Gesetz über Beamtenrecht steht jedoch noch aus. Auch die gesetzliche Regelung über Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung der Beamten (Artikel 92), sowie der zu schaffenden Beamtenvertretungen (Artikel 94) ist bisher nicht erfolgt. Das nach Artikel 103 notwendige Gesetz, welches das gesamte Schulwesen, das unter Mitwirkung der bestehenden Vertretungen der Lehrerschaft vorbereitet werden soll, regelt, war in Form eines Schulunterhaltungsgesetzes dem letzten Volkstag vorgelegt; da es aber dort vor Ablauf der Legislaturperiode nicht mehr zur Erledigung gelangte, wurde es vom Senat zurückgezogen. Von dem unvollständigen Versicherungswesen, das der Senat nach Artikel 115 zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens einschließlich Erwerbslosigkeit unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten schaffen soll, ist nur das Angestelltenversicherungsgesetz erledigt worden. Alle übrigen Gesetze stehen noch aus. Eine Fülle von Arbeit, welche der Volkstag noch zu erledigen haben wird.

Internationale Unterstützung der geistigen Arbeit. Der Präsident des Internationalen Ausschusses für geistige Zusammenarbeit, Perason, richtet an die Deutschtätigen einen Appell, in dem er um finanzielle Unterstützung des internationalen Hilfswerkes zugunsten geistiger Arbeiter in allen Ländern, in denen das Geistesleben besonders bedroht ist, bittet.

Revanchekrieg als kommunistisches Ziel.

Als Nabe den in Düsseldorf erschossenen Schlageter, den Wanderer ins Nichts, als erhabenes Vorbild jedes für die deutsche Freiheit streitenden Mannes pries und das Zusammengehen der Kommunisten mit den deutsch-polnischen Führern empfahl, sprach er nur den Faden weiter, der in München von Otto Thomas und Graf auf die Spule gelegt worden war. Die beiden wurden damals von der Zentrale der RPD. gemordet, nun aber arbeitet auch die Zentrale nach ihren Rezepten. Thomas kann jetzt in Jena eifrig werden für die Waffenvereinsarbeit der RPD. mit denen um Hülfe. Die RPD. hat diese Art Agitation, im besonderen die Beeinflussungen von Offizieren, zu einer Spezialität ausgebildet, der sich mit Geldern aus Moskau besondere Beachtung widmen. Die Propaganda wird abweichend von der für Arbeiter bestimmten betrieben, sie paßt sich nicht ungeschickt den besonderen Umständen und der Ringe der abgehalbierten Offiziere an. Eine interessante Probe davon bot der „Vorwärts“ vom 30. Januar morgen. Aus einem mit Maschinenstift vervielfältigten Agitationsbrief an Offiziere, besonders der Reichswehr, bringt der „Vorwärts“ Mitteil. Der ganze Brief predigt den Revanchekrieg gegen Frankreich, und im Namen des Revanchekrieges sollen die Offiziere für den Kommunismus gewonnen werden. Natürlich wird mit keinem Wort erwähnt, daß selbst die Volkswelt den deutschen Kommunisten raten, sofort nach Erreichung der Macht Erfüllungspolitik zu betreiben. Verhewigen wird auch, daß die Haltung der Kommunisten zum Ruhrkrieg so begründet wurde: man müsse die deutsche Bourgeoisie mit proletarischen Bataillonen zur Erfüllung der Ansprüche Voicarses zwingen, weil Sinnes die Erfüllung bisher sabotiert hat. Jetzt heißt es in der für Offiziere bestimmten Agitation:

„Im Mittelpunkt unseres Denkens, als einziges Ziel für jeden deutschen Offizier, steht die Befreiung Deutschlands vom auswärtigen Feinde.“

Die Kommunisten lehnen sogar in ihrem Eifer, den Offizieren nach dem Munde zu reden, die Verantwortung für die Begleiterscheinung der Revolution ab. In geschickter Vertauschung der gegenseitigen Rollen schreiben ausgerechnet die Kommunisten über die Sozialdemokratie:

„Sie waren die Verräter am Vaterlande, sie zerstückten die deutsche Armee, sie leiteten die deutsche Wirtschaft aus, sie trieben Deutschland in den Zusammenbruch. Mit berechtigtem Haß blickt jeder ehrliche deutsche Nationalist, bilden wir alle auf die Novemberkriege, die im Augenblick des Einzuges in die Wilhelmstraße ihre jahrzehntelangen Versprechungen veranken und den blutigen Bruderkampf zwischen Deutschen und Deutschen entzündeten.“

Oswald Spengler muß als Kronzeuge herhalten, um den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie zu erheben, daß sie nicht — für Verlängerung des Krieges eingetreten ist, daß sie nicht „anstatt mit französischen Generalen und englischen Diplomaten über die Verfassung Deutschlands zu verhandeln, den nationalen Volkskrieg gegen den Laadefeind organisierte.“

„So „seigen, brennenden, pazifistischen Sozialdemokraten“ wird als leuchtendes Gegenstück der „vorwärtsdrängende, begeisterungsfähige

soldatische Teil der Arbeiterschaft“ gegenübergestellt. Während unter Arbeitern die Kommunisten sich fürchtbar über deutschvölkische Sabotageakte erregen und den Sozialdemokraten vorwerfen, daß sie nichts dagegen tun, schreiben sie, wenn sie sich an Offiziere wenden:

„Wir verrotten kein Geheimnis, wenn wir aussprechen, daß die kommunistischen Stütztruppen, die in der Pfalz, in der Eifel und am Düffelortler Totenort mit Revolvern und Handgranaten die Separatisten auseinandergetrieben haben, unter der Führung nationalgefühnter preussischer Offiziere standen.“

Madef's Schlageter-Rede wird erneut rühmend gepriesen und der Deutsche Befreiungskampf als Volksbewegung unter kommunistischer Führung in Aussicht gestellt:

„Das militärische Vorbild dieses deutschen Befreiungskrieges wird mehr oder minder der Kampfweise entsprechen, mit der Lettow-Vorbeck (!) in glänzender Weise seine kleine Schar in Ostafrika führte, mit der die Türken die mit zehnfach überlegenem Material ausgestatteten griechischen Truppen besiegten, mit der schließlich die russische Rote Armee ihre Feinde aus dem Lande jagte: Das Material müssen wir uns vom Feinde holen, die Maschinen müssen wir durch die geistigste revolutionäre Moral unserer Kämpfer brechen (!!!), die technische Uebermacht durch die Masse und Wandvermögen unserer Meeres schlaagen.“

„Gegen die sozialdemokratischen Volksverräter“ wollen die Kommunisten „revolutionäre Arbeiter und nationalistische Offiziere“ sammeln. Damit das Bündnis schwachster wird, wird nach Oswald Spengler „Preußen um als Sozialismus“ gepriesen und allen Ernstes versichert:

„Das Rätesystem ist preussischer Gedanke“, der auf den Grundrissen der Auslese, der Mitverantwortung, der Kollegialität beruht.“

Der Offizier gehört darum an „die Spitze der nationalen und sozialen Befreiung“, das „gemeinsame nationale Ziel“ soll durch die Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Arbeitern unter kommunistischer Führung erreicht werden.

Dieser Agitationsbrief ist ein sprechendes Beispiel von der Charakterlosigkeit der Kommunisten. Niemand wird ihnen verdenken, wenn sie irgendwelche sozialen Sorgen, und darunter die Deklassierung ehemaliger Offiziere, für ihre Zwecke nutzbar zu machen suchen. Aber wie reimt sich mit dem Agitationsbrief die Art zusammen, in der sie ständig gegen die Sozialdemokratie pöbeln, weil diese angeblich gegen reaktionäre Offiziere nicht scharf genug aufträte und überhaupt an der reaktionären Einstellung der Reichswehr die Schuld trüge. Jede einzelne Verleumdung, in der Kommunisten sich bemerkbar machen, bezeugt die heillose Geistesverwirrung, die völlige Unfähigkeit zur objektiven Würdigung von Tatsachen. Die neueste Art der kommunistischen Agitation muß natürlich die Geistesverwirrung noch schlimmer machen. Um so mehr ist es nötig, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihren Kollegen die Vorgänge vor Augen halten. Am Ende müßte doch jedem ehrlichen Arbeiter, und das sind doch die meisten Kommunisten, im höchsten Maße zuwider werden, einer Führerschaft zu folgen, die jedes gerade Denken verbiegt und heillos verwirrt.

In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Der französische Industrielle Vinot, Generalsekretär des Verbandes der französischen Schwerindustrie, erklärte runderaus, der Antrag der Arbeitervertreter sei nur gestellt worden, um den deutschen Arbeitern in ihrem Kampf um den Achtstundentag zu Hilfe zu kommen. Daran hätten die französischen Industriellen aber kein Interesse, denn die Arbeitszeitverlängerung in Deutschland sei ein erster Versuch, die Reparationspflichten zu erfüllen. Das Arbeitsamt habe keinen Anlaß, Deutschland an der Beherrschung dieses Versuchs zu hindern.

Der deutsche Regierungsvertreter Dr. Feig und der Vertreter der deutschen Unternehmer, Vogel, erklärten, nur durch Mehrarbeit könne Deutschland Reparationen leisten, wobei unter „Mehrarbeit“ Verlängerung der Arbeitszeit zu verstehen ist.

Die englischen, französischen und deutschen Arbeitervertreter, für die deutschen Arbeiter sprach Veitart, beschließen entschieden, daß Mehrarbeit gleich Arbeitszeitverlängerung ist. Die englische Regierung, vertreten durch Margarete Bondfield, ließ erklären, daß sie in der Frage des Achtstundentages eine andere Politik als die vorherige vertritt.

Angenommen wurde schließlich ein Vermittlungsantrag des italienischen Regierungsvertreters, der allgemein ein Einwirken auf die Ratifizierung aller internationalen Abkommen verlangt.

Die deutschen Arbeiter müssen nun, woran sie sind: Die Kapitalisten aller Länder sind sich einig geworden, die Löhne aus dem Friedensvertrag den deutschen Arbeitern anzufallen. Die deutschen Unternehmer erklären, solange jede Lohnpolitik für „nationalen Verrat“ — solange die Gefahr besteht, daß sie selbst zu den Löhnen mit beitragen müßten. Die meisten ihrer Frieden mit den französischen Kapitalisten, sie sind zur Erfüllungspolitik bereit, sich die Möglichkeit leben, alle Löhne allein den deutschen Arbeitern anzuhallen.

Die Wahltaktik der französischen Sozialisten.

Das Agerat Blum.

Den Höhepunkt des sozialistischen Parteitagés bildete am Sonntag eine programmatische Rede Leon Blums, deren Klarheit im Aufbau und deren Überzeugungskraft in dem Glaubensbekenntnis zu dem sozialistischen Gedanken den Parteitag zu härtesten Nationen hinriß. Blum führte aus, daß der Parteitag nicht verstanden hätte, daß die Partei in erster Linie Dienerin des Proletariats sei. Sie habe im Kampf das Selbstziel abgelegt, die sozialistische Politik unverfälscht zu erhalten und den späteren Generationen vollkommene und rein zu überliefern. Von diesem Gesichtspunkt aus müßte die Frage der Wahlpolitik behandelt werden, und deshalb könne von der Aufstellung eines gemeinsamen Programms mit anderen Parteien nicht die Rede sein. Das bedeute nicht, daß die Partei nicht von denjenigen Nachbarn, mit denen sie tatsächlich zusammengeht, gewisse Garantien verlangen müsse, aber die sozialistische Partei selbst könne nur mit ihrem eigenen Programm zu den Wahlen gehen, ein Kartell mit anderen Parteien dürfe nur da ins Auge gefaßt werden, wo es Aussicht biete, dem Nationalen Block Wandel zu entziehen. In allen anderen Fällen würde es unmoralisch sein. Die Arbeit der Partei

Mittelalterliches im modernen England.

Historische Bräuche bei der Parlamentsöffnung.

Man weiß, daß kein Volk der Erde so sehr an uralten Gebräuchen hängt, wie das englische. Aber dieser Brauch, der sich seit Jahrhunderten in England erhalten hat, hat sich in den letzten Jahren fast ganz verloren. In dem Maße, wie die parlamentarische Demokratie sich in England ausbreitete, verlor der alte Brauch an Bedeutung. Die parlamentarische Demokratie hat der parlamentarischen Demokratie ein neues Gesicht gegeben. Die parlamentarische Demokratie hat die parlamentarische Demokratie ein neues Gesicht gegeben. Die parlamentarische Demokratie hat die parlamentarische Demokratie ein neues Gesicht gegeben.

Man hat sich bemüht, diesen Brauch bei den parlamentarischen Versammlungen in England neu zu beleben. In dem Maße, wie die parlamentarische Demokratie sich in England ausbreitete, verlor der alte Brauch an Bedeutung. Die parlamentarische Demokratie hat der parlamentarischen Demokratie ein neues Gesicht gegeben. Die parlamentarische Demokratie hat die parlamentarische Demokratie ein neues Gesicht gegeben.

Der neue Brauch, der sich in England ausbreitete, verlor der alte Brauch an Bedeutung. Die parlamentarische Demokratie hat der parlamentarischen Demokratie ein neues Gesicht gegeben. Die parlamentarische Demokratie hat die parlamentarische Demokratie ein neues Gesicht gegeben.

Die Internationale der Unternehmer. In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Die französische Umtriebe in der Pfalz.

Protestnote der deutschen Regierung.

Wegen der Zustände in der Pfalz hat die deutsche Regierung an die französische Regierung eine weitere Note gerichtet, in der festgestellt wird, daß die Entwaldung in der Pfalz von der deutschen Bevölkerung und Regierung nicht länger ertragen werden kann. Die Note schildert im einzelnen das von den französischen Besatzungsbehörden mittelbar und unmittelbar unterstützte heuchlerische Unternehmen der Separatisten, deren Vandalen nachgewiesenermaßen in überwiegender Zahl aus nichtpfälzischen Elementen zusammengesetzt sind. Die deutsche Regierung ersucht daher nachmals die französische Regierung, den geistes- und verfassungsmäßigen Zustand in der Pfalz wieder herzustellen, vor allem die Separatisten zu entzweien, ihre Entfernung aus den öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und die uneingeschränkte Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutschen Behörden wieder zu ermöglichen. Auch solle die französische Regierung der Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Einwohner keine Hindernisse in den Weg legen und sich im Zukunft jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse, insbesondere jeder unzulässigen oder ungesetzlichen Unterstützung aufrührerischer Elemente in den besetzten Gebieten enthalten.

Die wirtschaftliche Abkürzung der Westens.

Die vor kurzem von der Rheinlandschmerzigen Volksgemeinschaft der Arbeiter auf volle 100 Prozent des deutschen Gebietes macht das besetzte Gebiet wirtschaftlich gegenüber dem übrigen Deutschland völlig zum Ausland. Die Besatzungsbehörden verweigern diesen Zustand durch Besetzung der Eisenbahnen in das besetzte Gebiet aus Frankreich und Belgien her, indem sie die Einfuhrstoffe für die Wirtschaft. Leider sind ermittelte, während sie die Besetzung für wichtige Wirtschaft und Industrie für die weiterverarbeitende Industrie des besetzten Gebietes erhöhen. Die Arbeiter, das besetzte Gebiet nach Frankreich und Belgien zu orientieren, tritt auch in der Verhandlung der Einfuhrerleichterungen der Besatzungsbehörden zutage. Hierdurch werden

Die Internationale der Unternehmer. In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Rothkoffs Ernennung.

Die Ernennung Rothkoffs zum Nachfolger Lenins hat selbst in weiten Kreisen der russischen Bevölkerung trotz der vorangegangenen Gerüchte überrascht. Man glaube, daß in Hinblick auf das Ausland Rothkoff ernannt werden würde. Gegen Rothkoff sprach vor allem, daß er ablicher Abkürzung ist. Noch mehr Aufsehen aber erregt die Ernennung Rothkoffs zum Chef des Wirtschaftsrates. Rothkoff ist bekanntlich der berüchtigte Organisator der Tscheka. Es heißt, daß das neue Regime vor allem die Interessen der Bauern unterstützen will. Bemerkenswert ist, daß sowohl Rothkoff wie Rothkoff (Gegner Rothkoffs) sind, so daß man von einem Sieg des antidemokratischen Blocks in der kommunistischen Partei Russlands sprechen kann. Anders politisch dürfte kaum eine merkliche Änderung der Stellung der Sowjets zu erwarten sein. Auch die Anerkennung Sowjetrusslands hat in den Kreisen der Sowjets keine besondere Erregung ausgelöst. Man sieht darin zunächst nur einen formalen Schritt Englands und mißt die Hauptbedeutung der jetzt bevorstehenden Regelung der Schuldenfrage bei.

Der sächsische Ministerpräsident Heide begibt sich am Dienstag zum Reichstag des Reichspräsidenten und des Reichstages nach Berlin.

Neue Kabinettskrise in Lettland. Die neue Regierung Samuels in Lettland wird in politischen Kreisen als sehr schwach angesehen. Bekanntlich wird sie von einem Teil der Sozialisten unterstützt, doch haben sich diese volle Bewegungsfreiheit vorbehalten, so daß man mit der Möglichkeit rechnet, daß die Regierung bald bei irgendeiner Abkürzung fällt. Der Außenminister Saja kann sich gegenüber der großen Popularität, die Meierowiz besitzt, nur schwer durchsetzen, besonders da Meierowiz selbst die Opposition der Bauern führt.

Aburteilung von Weichgardien. Das russische Militärgericht in Tschita verurteilte den General der Weichgardien Popeljew und 20 Mitangeklagte zum Tode durch Erschießen. 57 weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen.

Ausprägung im schlesischen Holzgewerbe. Infolge eines Streiks bei der Hühnen-A.G. in Langenwels bei Zauban beschloß der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe in Schlesien, in allen holzverarbeitenden Betrieben in Schlesien, ausgenommen Breslau, die Arbeiter auszusperrn. Im ganzen sind in etwa 500 Betrieben 6600 Arbeiter ausgesperrt.

Der Streik der englischen Seecleute in England. Die Güterverlader der englischen Dänen haben den Boykott gegen die deutsche Schiffe zur Unterstützung der streikenden deutschen Seecleute proklamiert, die seit Wochen eine Erhöhung ihrer Löhne fordern. — In der Streikbewegung der Dänenarbeiter haben sich die in den Dänen beschäftigten Eisenbahnarbeiter mit den Güterverladern solidarisch erklärt. Am Dienstag finden Verhandlungen statt, um den für den 16. Februar angefügten Streik zu vermeiden.

Der Kampf gegen den Alkoholismus. Der Präsident Coolidge hat dem amerikanischen Kongress eine Mitteilung angehen lassen, in der er eine Vermehrung des Mannschafstandes der Küstenwache empfiehlt, die mit der Verhütung des Alkoholismus auf dem Seewege betraut ist.

Die Parteipresse in Belgien. Die wie dem „Peuple“ zuzurechnen, hat die sozialdemokratische Partei außer diesem großen Hauptblatt in Brüssel zurzeit sechs Tagesblätter im Besitz, davon zwei in flämischer Sprache: „Vooruit“ in Gent und „Volkskracht“ in Antwerpen, ferner vier in französischer Sprache: „La Wallonie“ in Lüttich, „Journal“ in Charleroi, „Travail“ in Verviers und „L'Avant“ in Borinage in Mons. Außerdem hat die Partei 10 französische Wochenblätter in Ais, Avelles, Marchienne-au-Pont, Jolimont, Tournai, Seraing, Din, Porscherche, Luvelain und Dinant und 18 flämische Wochenblätter in Vilvorde, Turhout, Öwen, Brno, Namur, Menin, Mern, Ledeburg, Gent, Moll, E. Moll, Wetteren, Dougrec, Pierre und Eupen, sowie 10 Monats- und Halbmonatsblätter und 80 Fach- und Gewerkschaftsblätter. Treffend wird von Genosse Bertrand ausgeführt, daß der gute Stand dieser Zeitungen die beste Vorarbeit für die allgemeinen Wahlen von 1925 bedeute, wer es mit der Arbeiterbewegung ernstlich meine, der müsse vor allem für die Ausbreitung der Presse Sorge tragen. Das gilt natürlich nicht nur für Belgien!

Die Internationale der Unternehmer. In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Die Internationale der Unternehmer. In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Die Internationale der Unternehmer. In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Die Internationale der Unternehmer. In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Die Internationale der Unternehmer. In Genf tagt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, eine Einrichtung des Völkerbundes, die wie dieser dem Verfallter Friedensvertrag das Dasein verdankt. In dem gleichen Verfallter Friedensvertrag, Schlußbuch der deutschen Nation, der Deutschland unendlich Selben auferlegt hat, ist auch einleuchtend über den Achtstunden tag gelangt. Er verpflichtet alle an dem Vertrag beteiligten Regierungen, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. Aber um diese Pflicht haben sich die Regierungen, am wenigsten die Sieger, verhalten wenig kassidmergen gemacht. Die Revision dieser Bestimmungen wird keine Schwierigkeiten machen. Der Verlauf der letzten Beratungen im Arbeitsamt beweist es. Die Arbeitervertretergruppe hatte einen Antrag eingebracht, den Direktor des Amtes zu beauftragen, die Bemühungen um die Ratifizierung des Achtstundentags-Übereinkommens durch die verschiedenen Regierungen fortzusetzen. Der Zweck ist klar. So immer Unternehmer eines Landes gegen den Achtstundentag sich wehren, geschieht es unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit, die gefährdet ist, weil in den anderen Ländern länger gearbeitet wird. Wenn nun alle am Verfallter Friedensvertrag beteiligten Länder den Achtstundentag einführen, fällt dieser Einwand. Aber siehe da, die Unternehmer aller Länder sind sich einig — gegen den Achtstundentag.

Danziger Nachrichten

Befehlliche Festlegung des Achtstundentages

fordert ein von der kommunistischen Fraktion dem Volkstag vorgelegter Gesetzentwurf. Sie legt dem Volkstag einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vor, der folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Die regelmäßig tägliche Arbeitszeit einschließlich Pausen darf die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Ausnahmen hiervon, die durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonn- und Feiertage herbeigeführt haben, bleiben bestehen.

§ 2. Diese Regelung der Arbeitszeit umfasst sämtliche gewerblichen Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben einschließlich den Betrieben des Staates, der Gemeinden und Gemeindevorständen, sowie in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gewerblicher Art.

§ 3. In Betrieben, deren Natur eine Unterbrechung nicht gestattet oder deren unbeschränkte Aufrechterhaltung im öffentlichen Interesse liegt, kann eine von den vorstehenden Bestimmungen abweichende Regelung auf Antrag des betreffenden Unternehmers und im Einverständnis mit einem aus den Kreisen der Arbeitnehmer des Betriebes zu wählenden Betriebsrat seitens des Senats genehmigt werden.

§ 4. Alle bisherigen diesbezüglichen Verordnungen und Gesetze, auch solche vom Deutschen Reich bisher übernommenen, werden durch das vorstehende Gesetz aufgehoben. Die näheren Ausführungsbestimmungen werden vom Senat erlassen. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Bekanntlich ist der Achtstundentag durch Verordnung festgelegt, die am Tage der Freistaatsgründung in Kraft war, und deshalb auch in Danzig rechtsgültig ist.

Einmalige Wirtschaftsbeihilfe für Erwerbslose

In den letzten Sitzungen des alten Volkstages forderten Sozialdemokraten und Kommunisten einmalige Wirtschaftsbeihilfen für die Erwerbslosen. Trotzdem die Redner beider Fraktionen die Forderung mit guten Gründen belegten und warm für die Gewährung von Beihilfe eintraten, lehnte die bürgerliche Mehrheit die Forderung glatt ab, weil angeblich kein Geld vorhanden sei. An schönen Worten ließen es auch einzelne bürgerliche Redner nicht fehlen.

Nun wird der neue Volkstag Gelegenheit haben, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen; denn die kommunistische Volkstagsfraktion hat folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

§ 1. Alle Erwerbslosen erhalten eine außerordentliche Wirtschaftsbeihilfe nach folgenden Grundätzen: 1. für Verheiratete 80 Gulden, hierzu tritt ein Zuschlag für jedes einzelne Kind von 5 Gulden; 2. für Unverheiratete über 21 Jahre 50 Gulden; 3. für Unverheiratete unter 21 Jahre 40 Gulden.

§ 2. Die hierzu erforderlichen Geldmittel werden durch eine besondere einmalige Umlage aller Vermögenssteuerzahler des Freistaates, welche als Unternehmer einen Gewerbebetrieb in Handel, Industrie oder sonstiger Wirtschaft betreiben, aufgebracht, sofern das Gesamtvermögen der Verpflichteten die Summe von 90.000 Gulden übersteigt.

Wünschenswert wäre es, wenn dieser Antrag mehr Erfolg hätte, als seinem Vorgänger beschieden war.

Wiederaufnahme des Dampferverkehrs Swinemünde—Dillau.

Den Bemühungen der beteiligten Stellen ist es gelungen, den Dampferverkehr Swinemünde—Dillau in dem früheren Umfang wieder sicherzustellen. Der durch seine komfortable Ausstattung und seine Seetüchtigkeit bekannte Dampfer „Bertha“ wird erstmalig Swinemünde am 14. Februar d. J. abends verlassen, um am Freitag, den 15. Februar, um die Mittagszeit hier einzutreffen und sodann die Weiterreise nach Dillau fortzusetzen. Die Vertretung der Firma Braunschweig, Clettin, liegt, soweit der Dampfer „Bertha“ in Frage kommt, nunmehr in den Händen des Norddeutschen Lloyd, bei dem alles weitere zu erfahren ist.

Ueber die Aufwertungsfrage äußert sich Finanzsenator Dr. Volkman in einem längeren der Presse zur Verfügung gestellten Artikel. Er teilt darin mit, daß im Senat seit einer Reihe von Wochen Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung im Gange sind. Wenn diese noch nicht zur Vorlage eines Entwurfs geführt hätten, so liege das an der Schwierigkeit einer Abgrenzung dieser Frage. Er acht dann auf die geplante Regelung dieser Frage in Deutschland ein, wozu Hypotheken, Realitäten in Geld, Schiffspfandrechte, Hypothekendarlehen, Inhaberschuldverschreibungen, Privatdarlehen (Industrieobligationen usw.) und schließlich Darlehen mit einer längeren Kündigungsfrist als 6 Monate aufgewertet werden sollen, und zwar bis zu 10 Prozent. Die aufgewerteten Kapitalbestände unterliegen einem beschränkten Zeitmoratorium. Es kann nämlich die Zahlung nicht vor dem 1. Januar 1929 verlangt werden. Auch sind die aufgewerteten Forderungen zunächst ein Jahr unverzinslich, und dann folgt der Zinsfuß von Jahr zu Jahr von 1 Prozent an um 1 Prozent jährlich bis zur verabredeten Höhe. Die Frage, welche Wege Danzig in dieser Hinsicht gehen wird, läßt Senator Volkman vollständig offen. Er teilt nur mit, daß Senat und Volkstag in kurzem zu entscheiden haben würden, ob hier eine ähnliche Regelung wie im Reich erfolgen soll.

Der Bezirk Langfuhr der BSWP. hielt dieser Tage seine Zentralversammlung im Kleinhammerpark ab. Genosse Leppelt hielt einen interessanten Vortrag über die vorläufigen Diktator der politischen Satire. Er führte zunächst in die politischen Verhältnisse der damaligen Zeit mit ihrer Verfolgung aller freibürgerlichen ein. Als Bannerträger der geistigen Freiheit standen besonders Hoffmann von Fallersleben und Heinrich Heine in den Vordergrund. Der Dichter des Deutschlandliedes, welches die Nationalhymne fest für ihre Anekdote beifolgt haben, wurde damals von der Reaktion von Ort zu Ort gebohrt und sein Lied war, wie seine übrigen Dichtungen Kampfanzeige gegen die herrschenden Stände. Diefen und härteren Spott geistelte Heinrich Heine die Zustände der damaligen Zeit. Die Satire dieser beiden Dichter ist wert, im Volk erhalten zu werden, da sie nicht nur den reaktionären Geist im vormärzlichen Deutschland treffend charakterisiert, sondern auch manche Lehre und Waffe für den heutigen politischen Kampf gibt. Von Voop gab dann eine reichhaltige Auswahl aus dem Schaffen beider Dichter zum Besten. Besonders freudig

Würdigung fanden die Spottgedichte Heinrich Heines. Durch ihre angelegte Aufmerksamkeit zeigten die Besucher, daß auch unterhaltende Vorträge abseits der Tagespolitik zur Einführung und einem Verständnis der politischen Verhältnisse früherer Zeiten auf Aufnahme finden. — Den Bericht vom Vertretertag über die Aufstellung der Kandidaten für die Stadtbürgerchaft gab Gen. Kunze. In einer kurzen Aussprache wurden Anregungen für die Tätigkeit der Stadtbürgerchaftsmittelglieder gegeben. Dann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes und wurde der alte Vorstand mit wenigen Ausnahmen wieder gewählt. Die Neuwahl der Bezirksvertreter soll erst nach den Gemeindevahlen erfolgen. Bildungsausschuß und die Unterfasserer blieben ebenfalls dieselben. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem bisherigen Vorstand der Dank für seine Tätigkeit im letzten Jahre ausgesprochen. Zum Schluß wurde für einen erkrankten Genossen eine kleine Sammlung veranstaltet. Mit einem Appell zur kräftigen Vorbereitung für die Partei im neuen Jahre fand die Versammlung ihr Ende.

Ein wachsender Reizfall. Die deutschnationalen Abgg. Frau Kalkhne, Pfarrer Semrau und der Agrarier und Nennontenprediger Duf II stifteten ihr religiöses Empfinden schwer bedrückt, weil ein Danziger Schauspieltheater den bekannten Großfilm „JHJ“ vorkührte. In ihrer tiefen Not wandte sie sich an den Senat, er möge die Vorkführung des Films verbieten. Auf Anordnung des Senats ist denn auch der angebotene Film vor der Zensurkommission des Polizeipräsidiums vorgeführt. Der Vorkführung wohnte auch ein evang. und ein kath. Geistlicher bei. Nach einstimmigem Urteil der Kommissionmitglieder und der beiden Geistlichen enthält der Film nichts, was das religiöse Empfinden verletzen könnte. Auch sonst lagen keine Gründe vor, die Vorkführung des Films zu verbieten. Es muß also ein eigenartiges religiöses Empfinden sein, das sich durch diesen Film verletzt fühlt. Aber selbst wenn die Kommission anders entschieden hätte, wären wir in unserm Urteil nicht beirrt worden. Immerhin können wir den deutschnationalen Religionshütern ihre blamable Abfuhr.

Die Entschädigung der verdrängten Dänemarkdeutschen. Auf Grund des deutschen Ermächtigungsgesetzes ist vor einiger Zeit das Verdrängungsgesetz für ungültig erklärt und durch eine Gewalttätigkeitsverordnung ersetzt worden; diese hat das Höchstmaß der Entschädigung auf den geringen Betrag von 2000 Goldmark herabgesetzt. Wenn auch die Verdrängten diese Neuregelung in Anbetracht der Lage der Reichsfinanzen schließlich hingenommen haben, so war es für sie wirtschaftlich jedoch nicht zu ertragen, daß ihnen die an sich ihnen geringe Entschädigung noch durch Auszahlung untergeordneter Papiere gekürzt wurde und sie auf Goldmark lautende Schapanweisungen (Serie K) erhielten, mit denen sie wenig oder nichts anfangen konnten. Dem Deutschen Bund, der Interessenvertretung aller ostmärkischen Verdrängten, ist es nach langen und schwierigen Verhandlungen mit der Reichsregierung nunmehr gelungen, zu erwirken, daß das Reich die K-Schapanweisungen zurückgezogen und sich zum Umtausch in vollwertige Zahlungsmittel bereit erklärt hat. Wie aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich ist, ladet der Deutsche Bund alle Dänemarkdeutschen zu einer öffentlichen Versammlung ein, die sich mit allen zurzeit aktuellen Fragen der verdrängten Dänemarkdeutschen befassen will.

Unfall-Chronik. Ein Opfer der Glorie wurde der 81 Jahre alte Invalide August Ruff, der am Sonntag Nachmittag auf der Straße stürzte und sich einen Oberschenkelbruch zuzog. — Der 29 Jahre alte Kaufmann H. M. wurde gestern morgen in seiner Wohnung mit einer Gasrausung aufgefunden. Der Gasbahn war verriegelt nicht geöffnet worden.

Schweinediebstahl. Wegen Einbruchsdiebstahls und Diebstahl hatten sich vor dem gemeinamen Schöffengericht zu verantworten der Arbeiter Paul Hellwig, der Arbeiter Friedrich Michalski, der Arbeiter Jaskulski, der Kellner Hermann Kobi, der Händler Franz Staffski und die Arbeiterfrau Alara Michalski, sämtlich in Stolzenberg. Die ersten vier Angeklagten brachen in Schönfeld bei einem Arbeiter in den Stall nachts ein und schlachteten dort ein Schwein im Gewicht von 70 Pfund, das dann nach Hause genommen wurde. Die ersten fünf Angeklagten brachen dann bei dem Amtsvorsteher in Schildekan ein und schlachteten hier zwei Schweine im Gewicht von zwei und drei Zentner. Auch diese Schweine wurden dann mitgenommen. Schließlich nahen die ersten beiden Angeklagten einer Frau in Schildekan ein Schwein im Gewicht von 90 Pfund, das ebenfalls im Stall geschlachtet und nach Hause genommen wurde. Nun wurde der Polizeihund Heye rechtzeitig geholt. Er nahm die Spur auf und verfolgte sie bis zu den Dieben in Stolzenberg. Durch die Hausdurchsuchung kamen die Diebstahls herauf. Die Frau Michalski, die das Fleisch in Verwahrung genommen hatte, war wegen Diebstahls angeklagt. Das Gericht sprach sie aber frei, weil der Mann bereits das Fleisch an sich gebracht hatte. Im übrigen wurden folgende Strafen verhängt: gegen Hellwig 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Michalski die gleiche Strafe, gegen Jaskulski 2 Jahre Gefängnis, gegen Kobi 8 Monate Gefängnis, gegen Staffski 5 Monate Gefängnis.

Dr. Kraus-Proz. gilt nach dem Gutachten bekannter Nahrungsmittelchemiker als gesund und nahrhaft. Auch das Nahrungsmittelamt hat sich diesem Gutachten angeschlossen. Dr. Kraus-Proz wird auch in Danziger Bäckereien hergestellt. Näheres siehe Inserat.

- Standesamt vom 5. Februar 1924. Todefälle. Bachmann Kurt 28. J. 2 Mon. — Witwe Elisabeth Herrmann geb. Nth. 49 J. 6 Mon. — Aufwöckerin Anna Rosal. 44 J. 9 Mon. — Faderin Gertrud Olsch. 27 J. 1 Mon. — Arb. Paul Bedard. 39 J. 3 Mon. — Waggernit. a. D. Otto Brock. 77 J. 7 Mon. — Frau Johanna Rudot geb. Henning. geb. 72 J. — Anna Karl Hafemann 76 J. 1 Mon. — Eisenhauer August W. 77 J. — Tochter des Arbeiters Artur Farnow. 7 Wochen. — Sohn des Erbsbauers Alfred Rosal. 2 J. 6 Mon.

Amtliche Börsennotierungen. Danzig, 4. 2. 24. 1 Dollar: 5,83 Danziger Gulden. 1 Million poln. Mark: 0,63 Danziger Gulden. 1 Rentenmark: 1,37 Gulden. Berlin, 4. 2. 24. 1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,4 Billionen Mk. Danziger Getreidepreise vom 4. Februar. (Amtlich.) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 10,20—10,40, Roggen 6,40— Gerste 7,00—7,25, Hafer 6,00—6,30.

Die Renten der Kriegsoopfer.

Als im voriacen Jahre die ersten Anzeichen der Stabilisierung der Währung und Abflutung der Papiermarkflut durch ein wertbeständiges Zahlungsmittel sich bemerkbar machten, wäre es an der Zeit gewesen, auch die Renten der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen zu stabilisieren. Aber trotzdem am 1. November der Amtlichen Anleihen eingeführt und dem Senat die Ermächtigung erteilt wurde, sämtliche Gesetz auf Gulden umstellen zu können, ohne die Wollwertverteilung hierzu zu hören — was aus dem Grunde geschah, damit vom Senat schnelle Arbeit geleistet werden sollte — wurden im November die Militärrenten in deutscher Papiermark ge. lit, so daß die Kriegsoopfer teilweise nur Pfennige ausgezahlt erhielten (für eine vaterlose Witwe kamen 11 Guldenpfennige zur Auszahlung). Die wochenlangen Verhandlungen der Kriegsoopferverbände mit dem Senat wegen Gewährung ausreichender und menschenwürdiger Renten haben bisher zu keinem Resultat geführt, da der Senat immer mit der Ausrede kniff, die Höhe der Renten hänge von den deutlichen Säben ab. Diese Ausrede kann nicht als stichhaltig anerkannt werden, da es Aufgabe des Freistaates sein muß, die Renten selbständig zu reellen und die dazu erforderlichen Mittel aufzubringen.

Bei der Regelung der Renten im Reich war bei der Verabschiedung der Novelle zum Reichsversicherungsengesetz im August v. J. der Gedanke maßgebend, den vollständig erwerbsfähigen Kriegsschädigten gleichzustellen mit seinen Kollegen mit dem Beamten der Gehaltsgruppe I (nebenbei gesagt, gibt es in Danzig keinen Beamten in dieser Gehaltsgruppe III). Deshalb haben auch die fünf Danziger Organisationen der Kriegsoopfer — nämlich der Reichsbund, der Internationale Bund, der Bund 1914, der Bund erblindeter Krieger und der Zentralverband — die Forderung aufgestellt, daß der 100prozentige Kriegsschädigte den Beamten der Gehaltsgruppe II gleichgestellt werden soll, wobei sie aber, unter Rücksichtnahme auf die Finanzlage der freien Stadt bei den Zulagen für Kinder usw. dem Senat bedeutende Konzessionen machten. Die Bezüge der teilweise erwerbsfähigen Kriegsschädigten sollten sich nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung nach unten abstimmen, desgleichen die Renten der Witwen und Waisen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Monatsgehalt eines Beamten in der Gehaltsgruppe II nurzeit 86 Gulden und nach dem neuen Entwurf zum Beamtenbesoldungsgesetz 120 Gulden beträgt, ein Gehalt, mit dem schlecht auszukommen ist.

Der Senat will aber nur die deutlichen Säbe in Gulden umzusetzen zur Auszahlung bringen, so daß dann die Vollrente 46 Prozent des Beamtengehalts der Gruppe I ausmacht und etwa folgende Jahre abträge bezahlt werden würden:

Grundrenten für einen Beschädigten mit einer Einkünfte der Erwerbsfähigkeit von:

30 v. H.	=	48,00 G.
40 v. H.	=	64,00 G.
50 v. H.	=	80,00 G.
60 v. H.	=	96,00 G.
70 v. H.	=	112,00 G.
80 v. H.	=	128,00 G.
90 v. H.	=	144,00 G.

Schwerbeschädigtenzulage: 16,20 G. Schwerbeschädigtenzulage: 24,30 G. Schwerbeschädigtenzulage: 32,40 G. Schwerbeschädigtenzulage: 40,50 G. Schwerbeschädigtenzulage: 48,60 G. Schwerbeschädigtenzulage: 56,70 G. Schwerbeschädigtenzulage: 64,80 G.

für einen ganz Erwerbsfähigen 162 G. und 182 G. Schwerbeschädigtenzulage.

Zusatzrenten: Für einen Beschädigten mit Erwerbsfähigkeit von 50 bis 60 v. H. 93,20 G., von 70 bis 80 v. H. 201,00 G., über 80 v. H. 480 G., für eine rentenberechtigte Witwe oder einen rentenberechtigten Witwer 291,00 G., für eine rentenberechtigte vaterlose Witwe 93,20 G., für eine rentenberechtigte vaterlose Witwe 145,80 G., für einen rentenberechtigten Elternteil 121,50 G., für ein rentenberechtigtes Elternpaar 191,40 G., für den Empfänger einer Witwenbeihilfe 191,40 G., für den Empfänger einer Waisenbeihilfe 291,00 G. An Unterhaltungskosten eines Führerhundes 109,80 G.

Es ist freilich eine nicht wegzudenkende Tatsache, daß eine weitgehende Verarmung gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten ist. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß für die Kriegsoopfer so gesorgt werden muß, daß sie ihr Leben fristen können und daß die Kriegsschädigten eine solche Rente erhalten, daß sie sich damit auch die Erleichterungen und die Zuschüsse zur Lebenshaltung gemäß ihrer Beschädigung leisten können. Was aber soll der Prozentsatz überhöhter Beschädigte für ein Weiterumschiffen seines Leidens zu verbieten, welche Erleichterungen soll sich der 50prozentige Reibbeschädigte mit knappen 100 G. jährlich an Erleichterungen schaffen, wo er für diesen Betrag kaum die Fahrkarte kaufen kann, die ihn von seiner Wohnstätte zur Arbeitsstätte führt.

Zeit langer Zeit ist es das Trachten der Versorgungsbehörden, die Renten immer mehr abzubauen, das geschieht nicht nur durch Herabsetzung des Prozentsatzes der anerkannten Beschädigten. Eine ganze Anzahl von Kriegsschädigten ist seit 1920 abgefunden worden. Hatka wir in der freien Stadt Danzig 1919 ca. 21.000 Kriegsoopferrentenempfänger, so haben wir heute noch folgende Zahlen von Empfängern einer Militärrente: 4000 Kriegsschädigte (davon ca. 2000 Schwerbeschädigte), 2042 Kriegswitwen, 6981 vaterlose Waisen, 332 vaterlose Waisen, 429 Elternteile und 476 Elternpaare, insgesamt 11.979 rentenberechtigte Personen.

Auf keinen Fall ist aber zu verstehen, wenn der Senat auf einer Seite eine Forderung in Danzig gegenüber Deutschland anerkennt, auf der anderen Seite aber nicht. Der Vorentwurf des Senats zur Neuordnung der Beamtenbesoldungsordnung weist eine bedeutende Erhöhung der Gehälter gegenüber den deutlichen Besoldungsstufen an. In den untersten Massen beträgt die Erhöhung 25 v. H., bei Gruppe 10 beträgt sie bereits 40 v. H., und bei Gruppe 13 50 v. H. Der preussische Ministerpräsident erhält ein Monatsgehalt von 1150 Goldmark oder 1377 Danziger Gulden. Der Danziger Senatspräsident will 3000 G monatlich haben oder 99 Proz. mehr an Gehalt als der preussische Ministerpräsident. Man müßte doch nun annehmen, daß der Danziger Senat auch die Forderung in Danzig gegenüber den Kriegsoopfern anerkennt und diesen auch eine Erhöhung der Bezüge um diese Säbe zubilligt. Das Wort des Dankes des Vaterlandes ist ja beim Danziger Senat sowieso schon erschunden, erkennt er doch die Verarmung der Kriegsoopfer durch den Danziger Senat nicht an, weil dieser ja auch nicht den Krieg gemacht haben soll, aber eine solche Unbilligkeit hat doch niemand erwartet.

Es muß für die Volksgemeinschaft die höchste Aufgabe sein für diejenigen zu sorgen, die für die Allgemeinheit die große Opfer gebracht haben und ihnen wenigstens das Existenzminimum zu gewähren. Der Danziger Senat soll beschließen, die Neuordnung der Militärversorgungsbemessung nicht durch eine Gesetzesvorlage an den Volkstag vorzunehmen, sondern durch Verordnung die von ihm auf bestimmten Säbe festzulegen und den Volkstag dabei auszuscheiden. Es wird Aufgabe der Ber. Soz. Volkstagsfraktion sein, die Kriegsoopfer bei der Forderung menschenwürdiger Renten zu unterstützen. Abg. Bruno Gebauer.

Danziger Nachrichten

Im Café.

Ein Herr: Kellner! Kellner! Kellner! Stimmeln, dauerhafter, was für eine elende Bedienung das ist!
 Kellner (seht herbei): Sie wünschen?
 Der Herr: Schön, daß Sie kommen! Bringen Sie mir rasch einen Kognat und eine Kellnerin.
 Kellner: Sofort. (Er eilt davon und bringt nach ein paar Augenblicken einen Kognat und die Volkstimme.)
 Der Herr: Was, erst lassen Sie mich eine halbe Stunde warten und jetzt bringen Sie mir die Volkstimme?
 Kellner: Ja, habe gekauft... weil die Herren Gäste meistens zuerst...
 Der Herr: Wollen Sie mich zum besten halten? Schauen Sie sich an, wie eine, der die Volkstimme steht?
 Kellner: Bitte, so werde ich halt ein anderes Blatt holen. (Wilt mit der Zeitung weggehen.)
 Der Herr: So lassen Sie sie in Gottes Namen da, ich habe keine Zeit zu warten. (Für sich): Ich will doch einmal schauen, was die Noten schreiben.
 Kellner (ab).
 Der Herr durchblättert die Volkstimme und läßt sich Zeit zu Zeit halblaut wütende Ausrufe aus: Unverschämte Bande! Natürlich, die Besitzenden sollen mehr Steuern zahlen, damit die Herren Arbeiter und Angestellten in Ruhe leben! ... Der Kampf in der Metallindustrie! ... Es ist wirklich kein Wunder, daß sich all das so abgetragen, Fortdauer zu stellen, wenn es ein eigenes Blatt hat, das immer für seine Forderungen eintritt. ... Verbieten sollte man so eine Zeitung, die die ganze Arbeiterharmonie zerstört...
 Er wirft das Blatt ausrückend auf den Tisch, saßt und acht. Auf der Straße sieht er seinen Plausch fort:
 Wenn man bedenkt, daß alle Arbeiter und Angestellten die Volkstimme käuflich lesen, so hat man erst eine Vorstellung, was sie für eine Gefahr für uns ist. Man müßte ein Mittel finden, die bürgerlichen Blätter in die Hände der Arbeiter zu bringen. Die Unternehmerorganisationen sollten einen Preis für denjenigen aussetzen, der so ein Mittel findet. Es würde sich besser bezahlt machen als alle Beiträge für die Parteikassen der bürgerlichen Parteien, als alle Gelder, die den Kassenkassieren und Geheimorganisationsmitgliedern gezahlt werden.
 Während er so in Gedanken versunken steht, hört er fast mit einem Arbeiter zusammen, der in der Lesart der „Rechten Nachrichten“ verliert ist:
 „Gah! Mir scheint, das Mittel ist schon gefunden. Zeit muß ich doch aufpassen.“
 Er reißt seinen Weg fort und zu seiner liebsten Betriebsamkeit besinnt er sich noch mehr Arbeiter, die bürgerlichen Blätter in der Hand halten. Er schließt seine Petroffina: „Na, von Arbeitern, die unsere bürgerlichen Blätter lesen, wird die kapitalistische Weltordnung nicht gestört werden!“

Die Disziplinarmassnahmen der Beamten. Eine für die Beamtenhaft im Kreisamt Danzig wichtige Entscheidung hat der Reichsdisziplinarmassnahmenrat gefällt. Es handelt sich um Klärung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse, ob ein Beamter, der in einem anderen Dienstbereich übertritten ist, innerhalb dieses auch für solche Vergehen Disziplinärhaft bestraft werden könne, die er in einer früheren Dienststelle begangen hat. Bisher war diese Frage praktisch unbeantwortet geblieben. Bei dem jetzt vorliegenden Fall handelte es sich um einen bürgerlichen Beamten, der in dieser Stellung Disziplinarmassnahmen begangen hatte, mittlerweile aber in den Reichsdienst des Reiches übergetreten war. Das Vergehen war erst jetzt an den Tag gekommen und es ergab sich die Frage, ob der Beamte für seine unter bürgerlicher Oberhoheit begangenen Vergehungen im Reichsdienst verurteilt werden könne. Der Disziplinarmassnahmenrat verurteilt den Beamten, daß hier Gesamtverantwortung vorliege und daß der Beamte demnach zu bestrafen sei. Die Angelegenheit sei demnach zu bestrafen, wie solche Fälle innerhalb der Disziplinarmassnahmen, die auf das Reich übertragen seien. Der Reichsdisziplinarmassnahmenrat schloß sich den Ausführungen des Disziplinarmassnahmenrats an und entschied, daß das Disziplinarmassnahmenverfahren gegen den betreffenden Beamten einzuleiten sei.

Wendend des amtlichen Fernsprechbuches. Die Post- und Fernsprechverwaltung bereitet einen Wendend des amtlichen Fernsprechbuches vor. Die Arbeiten hierzu werden am 20. Februar 1924 abgeschlossen. Geplante Änderungen betreffen die Nummerierung der Fernsprechnummern oder die Beschriftung der Nummern bis zu diesem Tage beim zuständigen Postamt in Danzig beim Fernsprechamt schriftlich beantragt wird. Danach unter Berücksichtigung der bestimmungsmäßigen Beschriftung die Nummern übernehmen. Es liegt im eigenen Interesse der Fernsprechteilnehmer, daß auch die üblichen Anzeigeneinträge vollständig und richtig in das neue Fern-

sprechbuch übergeben. Den Fernsprechern wird daher empfohlen, etwa eingetretene Änderungen der bisherigen Eintragung (Zustandwechsel, Änderungen der Firmenbezeichnung, des Standes oder Geschäftszweiges, der Sprechstunden usw.) dem zuständigen Postamt (in Danzig beim Fernsprechamt) zur Veranschaulichung des Fernsprechbuches alsbald schriftlich mitzuteilen. Anträge auf Aufnahme von Geschäftsanzeigen nimmt die Post-Telefon- (Stelle 31 der Post- und Fernsprechverwaltung in Danzig, Aufschreibegasse 11, 2 Tr.) entgegen.

Höchstpreisüberschreitung und Verkaufsverweigerung.

Die Metzereihaberin Marie Weidmann in Roppot, Franziskusstraße 18, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Roppot vom 29. Dezember 1923 wegen Verkaufsverweigerung mit einer Geldstrafe von 50 Gulden evtl. fünf Tagen Gefängnis bestraft.
 Der Kaufmann Alois Lasowski aus Graudenz verlangte am 1. Dezember 1923 in Danzig für Butter 3,00 Gulden je Pfund, obwohl der Höchstpreis 1,70 Gulden betrug. Wegen ihm ist eine Geldstrafe von 100 Gulden wegen Höchstpreisüberschreitung festgesetzt worden.
 Der Holzarbeiter Bruno Turkowaki in Banaschuh, St. Michaelsweg 8/4, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl mit 25 Gulden bestraft worden, weil er sich am 8. November 1923 für einen Kasten Knoblauch 25 Goldpfennige bezahlen ließ, obwohl der angemessene Marktpreis für ein Pfund, das sich durchschnittlich 4 Kisten, etwa 20 Goldpfennige betrug.
 Der Ehefrau Elise Volkmann in China, Dantiaer Straße 2, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts in Danzig vom 28. Dezember 1923 eine Geldstrafe von 200 Gulden auferlegt worden, weil sie vom 10. bis 20. Oktober 1923 fortgesetzt die Höchstpreise für Butter überschritten hat.
 Der Antiker Josef Drey in Schönfeld bei Odra ist durch rechtskräftigen Strafbefehl mit 20 Gulden bestraft worden, weil er am 29. September 1923 in Danzig sich für 1 Liter Milch 6 Millionen Mark bezahlen ließ, obwohl der Höchstpreis nur 5.14 Millionen Mark betrug.

Der Deutsche Club, der bekanntlich seiner Beratungsstelle eine besondere Abteilung angegliedert hat, die sich mit der Anfertigung von Gesuchen, Eingaben, Anträgen, Abschriften und Vervielfältigungen in Maschinenschrift, sowie Uebersetzung in und aus dem Polnischen befaßt, um dadurch die Mittel, die er zur Ausübung seiner umfangreichen Fürsorgegeschäfte benötigt, aufzubringen, hat, wie aus dem heutigen Interimsteil ersichtlich ist, seine Werkstätte aus der Wiesenstraße in den Mittelpunkt der Stadt nach Melzerstraße 11 verlegt.

Filmchau.

Die U.F.-Vielstiele bieten in dieser Woche ein Programm, das jeden Besucher zufriedenstellt. Der gute Unterhaltungswert findet sich in dem außerordentlichen Film „Nadie, der kleine kassiere Geld“, in dem Nadie Gogon, bekannt als Partner Chaplins, die Hauptrolle spielt. Die außerordentliche schauvielerische Besetzung des kleinen Nadie und die Raffinesse seines Spiels verdienen besondere Aufmerksamkeit. Auch sein vierjähriger Vortragsstil ist eine kleine glückliche Überraschung. „Nir und Nir“ produzieren sich mit dem ihnen eigenen Grotteskum als Akrobaten. Etwas interessant und lebhaft sind die Reklamemaßnahmen „Was das Auge nicht sieht“, die in 500facher Vergrößerung zeigen auf dem Sportplatz. Veranlagt und interessiert beobachtet man auch das Fahren und Treiben eines vierbeinigen Damiers, das im Film vorzüglich dargestellt wird.

Ufa-Filmspiele. Was wir als Kinder nur mit unserm achtbaren Auge sehen konnten, das ist jetzt Wirklichkeit geworden. Der Film gibt auch die Möglichkeit, die Märchen zur Wirklichkeit werden zu lassen. Am prächtigsten ist das bisher wohl gelungen in dem jetzt in den Ufa-Filmspielen vorzuführenden Film „Der verlorene Schuh“, der das bekannte Märchenmärchen zum Vorschein hat. Was diesen Film auch für den vernünftigen Kinobesucher zum hohen Genuss werden läßt, ist neben der außerordentlichen Handlung die wunderbare Inszenierung, die durchweg echte Märchenatmosphäre atmet. Die Handlung ist in die Märchenwelt zurückverlegt, und prächtige alte Kostümbilder, herrliche Gärten mit wunderbaren Plänen, atmosphärische Aufnahmen und Szenen stehen an unserm Auge vorüber. Und dann wieder eine andere Welt: Die geheimnisvolle und doch anheimelnde Schönheit der altägyptischen, phönizischen Bilder eines in unheimlichem Mondlicht dahinjagenden Friedhofes mit altertümlichen Grabsteinen. Oder aber die dienenden Geister

der göttigen Fee: köstliche Gnommen in gepulvertester Ausmachung, die man dennoch gern sieht, da von ihnen ein großer Humor ausgeht. Es ist unmöglich, all die Schönheiten und Reize dieses Filmwerks aufzuzählen. Wenn je ein deutscher Film berufen war, in der ganzen Welt Zeugnis abzulegen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Filmkunst, dieser deutsche Märchenfilm ist wahrlich dafür geeignet.

Das Odeon- und Oper-Theater wartet mit einer Verfilmung des Romans „Die Bräutigamskinder“ von Joseph von Lauff auf. Die Handlung spielt in der weithäufigen Landschaft. Ein Bauernsohn, der sich um die Erbschaft der Eltern kümmert, hat aus Mache das väterliche Anwesen dem Feind überantwortet. Er büßt seine Schuld in der Fremde. Nach Verjährung der Tat kehrt er zurück und mit der Hand um den Hals gegen seine Schwägerin auf. Doch diese findet Verständnis in einem jungen Soldaten. Ihr harter, aber gemeinsamer Kampf gegen die feindlichen Mächte findet seine Krönung in der Verelugung ihrer Herzen. Die etwas hart stimmigsmachende Handlung findet durch gute Kräfte, darunter Dennis Forten eine gute Wiedergabe; auch die Bildtechnik ist zu loben. — Zwei amerikanische Lustspiele, deren Hauptrollen mit Fatin und Harald Mond besetzt sind, sind voller Situationskomik.

Zentral-Theater. Der mit vielen Londoner Aufnahmen ausgestattete Film „Der Straßenhändler zum Danker“ führt in das Leben der zahlreichen schwankenden Existenzen der Großstadt ein. Es ist ein Straßenhändler herausgearbeitet, dem es gelingt, von Position zu Position heraufzukommen, bis er sein Ziel erreicht hat und als anaesthetisierten Finanzmann seine Partnerin heiraten kann. Die etwas unwahrscheinliche Handlung zeichnet sich durch gute, das halbtägige Londoner Leben schaltende Aufnahmen aus. Das flotte Spiel und die humoristische Note vernehmen mit dem schon stark abgenutzten Inhalt. — Eine aerobische Überwältigung Komik entwickelt „Loren Semon aus der Wäulschau“. — Ein interessanter Tierfilm „Säugetierheim“ zeigt niedliche Einzelheiten aus dem Vableben der Tiere.

Metropol-Theater. In freier Bearbeitung des Goetheschen Romans „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ ist das von zarter Pürli durchwehte Filmdrama „Mignon“ entstanden. Das Schicksal der kleinen Mignon ist bekannt. Von Grottern entführt findet sie nach dornenvollem Lebenspfad nach ihrer Heimat zurück. Der nächste Lebensfall im Grand-Hotel in mit allem Raffinement der Filmtchnik aufgemacht. Er zeigt prächtige Szenarien und sehr gute Aufnahmen.

Kleine Nachrichten

Das Berliner Schützenfest wurde gestern beendet. Nebenlegende Sieger wurden Feldow-Corona mit 847 Punkten.

Selbstmord eines ehemaligen Bachmeisters. Der 63 Jahre alte Bachmeister Kurt v. Bodelschwing, der in einer Pension in Berlin wohnte, hängte sich verheerlich aus Nachruhmgründen, aus dem Fenster der zweiten Stockwerkswohnung hinab und blieb mit verletzten Gliedern auf dem Hof liegen. Bodelschwinges trauriges Ende wird überall mitgeteilt worden. Er war in früheren Jahren auf in- und ausländischen Turnieren erfolgreich.

Das Ende eines historischen Prozesses. Nach zweiundzwanzigjähriger Dauer endete jetzt vor dem Appellhof in Neapel ein interessanter Prozess. Im Jahre 1842 hatten die Nachkommen des berühmten Gelehrten Ettore Hieronimo von Stact die Herausgabe anderer Bücher verlangt, die Hieronimo von Carl V. zum Geschenk erhalten hatte. Es handelte sich um ein Verzeichnis von 92 Millionen Lire, wobei einige Eisenbergwerke, um die der Streit ebenfalls ging, angeschlossen sind. Der Appellhof wies die Klage ab.

Vallonsallied? In Norddänemark wurde ein mächtiger Freiballon beobachtet, der mit großer Geschwindigkeit von Süden kommend nach Norden zog. In der Nähe der jetzt dänischen Stadt Lyngby blieb er mit seinen langen, herabhängenden Stoffstreifen in einer elektrischen Hochspannungslinie hängen. Er hatte keine Gondel, ansehnlich war sie irgendwo auf der Fahrt losgerissen worden. Nach dem Zustand des großen, neuen Vallons zu urteilen, scheint er unterwegs auf ein Hindernis gestoßen zu sein, wobei die Luftschiffer verunglückt sein dürfte. Bisher keine Auskunft ist nichts bekannt, irgendwelche Merkmale, welche nähere Aufklärung bringen könnten, waren nicht zu finden. Vertreter des Meteorologischen Instituts in Kopenhagen, die herbeigerufen wurden, sind der Meinung, daß der Ballon über Süddeutschland geflogen ist und wahrscheinlich aus der Schweiz oder aus Italien kam. Jedenfalls ist das Ungeheim aus dem Zustande und habe Richtung über ganz Deutschland nach der deutsch-dänischen Grenze genommen.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
 Heute, Dienstag, den 5. Februar, abends 7 Uhr:
 Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Frau Warrens Gewerbe
 Komödie in 4 Akten von Bernhard Shaw.
 In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Merz.
 Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
 Mittwoch, 6. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie 2. „Coryanthe“. Große romantische Oper.
 Donnerstag, 7. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert. „Der Opernbau“. Operette in 3 Akten.
 Freitag, 8. Februar, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten Serie 3. „Margarethe“. Große Oper.

Loge Eugenia (Hesgarten 18-19)
 Mittwoch, 6. Februar, 8 Uhr: Letzter Heiterer Abend
HILBIG-EDELHOFF
 Neue Programmatische, u. a. Operettenparodie.
 Kart. 1-3 & bei Lau, Langgasse

Deutscher Heimat und, Danzig.
 Donnerstag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr
 Aula der Oberrealschule am Hansplatz
 1. Gedächtnisrede auf Adellert Matthaei von Senator Dr. Strunk.
 2. Vortrag Dr. Arno Schmidt:
 Unser Deutschtum im westpreussischen Sprichwort.
 Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder 50 P.

Herren-Anzüge
 kaufen Sie billig und gut
 auch auf Teilzahlung
 Milchcannengasse 15, part. 11214

Achtung! Ostmärker!

Freitag, den 8. Februar 1924, abends 7 1/2 Uhr
 im Deutschen Volkshaus (Kewerbehous), Sellige-Weißgasse 87

Große öffentl. Ostmärker-Versammlung

- Zur Beratung und Ansprache stehen:
1. Die neueste Abänderung der Entschädigungsgeetze.
 2. Umtausch der minderwertigen R-Schafanweisungen in vollwertige Papiere.
 3. Aufwertung bereits abgezahlener Ansprüche und Nachentschädigung.
 4. Die Entschädigung der noch nicht abgezahlten Verdäraten.
 5. Der Ostmärkerdeutsche und seine wirtschaftliche Stellung im Freistaat Danzig.
 6. Verschiedenes.

Wer fehlt, läuft Gefahr, sich selbst zu benachteiligen
Deutscher Ostmärker e. V.

Dr. Krauss-Brot

(mit Schutzmarke) 111599
 gibt und erhält Kraft und Gesundheit, es gilt nach vorliegenden Gutachten berühmter Nahrungsmittelchemiker pp. als gutes Kräftigungs- und Stärkungsmittel bei zahlreichen Erkrankungen des menschl. Organismus und verhilft sogar zur Heilung verschiedener Krankheiten.
 Der bekannte Danziger Nahrungsmittel- und Gerichtschemiker Herr Medizinalrat Dr. Hildebrand hat sich diesem Urteil auch angeschlossen, desgl. hat auch das Nahrungsmittelamt das Dr. Krauss-Brot als sehr gut befunden. Kindern und Erwachsenen gereicht der regelmäßige Genuss des Dr. Krauss-Brotens zur Knochenbildung und bühendem Aussehen.
 Dr. Krauss-Brot, ein Volksbrot für alle, wird nur in solchen Bäckereien hergestellt und verkauft, die einem Gesundheitsbrot auch das nötige Interesse entgegenbringen.

Mehr als 70000

Sozialisten und Republikaner erwarten allwöchentlich mit größter Spannung die neueste Nummer des republikanischen Witzblattes
 »Lachen links«

Nur Sie noch nicht

Füllen Sie daher sofort anliegenden Bestellschein aus und geben Sie ihn Ihrem Zeitungsboten mit. Alles weitere veranlaßt die Buchhandlg. der Danziger Volkstimme Am Spendhaus 6.
 Hier abrennen

Unterzeichneter bestell hiermit durch die Zeitungsträgerin die Wochenschrift „LACHEN LINKS“ 12 Seiten stark, in viel z. T. farbigen Bildern, zum Preise von 35 Pl. auf ein Vierteljahr. Erfolgt bei Nr. 12, 25, 38 oder 51 keine Abbestellung, so gilt das Abonnement weiter für das nächste Vierteljahr.

Ver- und Zusender: Straße und Hausnummer Als Drucksache zu Novert 5 Pl. Porto oder der Zeitungsträgerin anzugeben.

Solzpantoffeln
 in allen Größen vorrätig.
 A. Penkert, Langfuhr, Hauptstraße 9.

Berkonie billig:

Weißer Küche, Sofatisch, Stühle, Handdrückmaschine, Langfuhr, (F) Hauptstraße 8, vt. links.

Sofatisch und eis. Kochherd
 zu verkaufen. Piotrowski, Reutsholland 4a. (F)

1 Sportliegewagen
 zusammenlegbar zu verkaufen Stenzel, Danziger Reichskolonie, Bärenweg 5, 2 Tr. (F)

Tausche
 meine Verwalterwohnung, Hundegasse 15, bestehend aus 2 Zimmer, Küche, Keller, Boden u. Nebengelag gegen eine 2-3-Zimm. + Wohn. in Langfuhr. Offert. unt. 1962 an die Exped. der Volkstimme. (F)

Damen- und Herren-Garderobe
 wird ausgebeffert u. gebügelt. Pasack, Brettagasse 28, 2 Tr. (F)

Wäsche wird sauber gewaschen.
 Jambertgasse 9, 2 Tr. r.

Wer wäscht
 schnell und saub. Wäsche? Im Freien trocknen bezorg. Angeb. unt. Nr. 1953 an d. Exped. d. Volkstimme. (F)

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Königsberg's Bemühungen um den Holzhandel. In Königsberg sind mit dem Ausbau des Hafens umfangreiche neue Holzlagerungsbedingungen geschaffen worden. Es wird ein besonderes Hafenbecken zu einem ausgedehnten Holz- und Flößhafen ausgebaut, der mit seinen Landflächen etwa 70000 Quadratmeter umfaßt. Da bei der heutigen schwierigen Lage der Holzwirtschaft die Frage der Finanzierung der Transportkosten von den Sägemühlen bis zum Holzausfuhrhafen eine erhebliche Rolle spielt, sollen die Banken zur Vergabe der notwendigen Kredite veranlaßt werden. Die Königsberger Stadtbank soll sich bereits bereit erklärt haben, sich im besonderen Maße der Finanzierung der Frachtkosten für Holztransporte nach Königsberg zuzuwenden.

Einfuhr deutscher Waren nach Rußland. Der „Charm-Tora“ (die chemische pharmazeutische Handelsfirma) des Außenhandelskommissariats kaufte 1 Million Kilogramm Anilinfarbstoffe, ausschließlich von deutschen Firmen. Der erste Teil im Umfange von 150000 Kilogramm ist kürzlich in Petersburg eingetroffen, der Rest der Sendung lagert in deutschen Häfen und wird in nächster Zeit nach Rußland abgehen.

Die Wirkung der Stilllegung der polnischen Notenpresse. Infolge der Einstellung des Notendrucks in Polen entstand eine Panik an der Warschauer Börse. Die ausländischen Devisen begannen rapide zu sinken. Dennoch scheint die neue Notenbank nicht allzusehr Vertrauen zu genießen. Die Regierung hat deswegen einen beruhigenden Erlaß herausgegeben. Der Anruf betont auch, daß eine Deckung der notwendigen Staatsausgaben, wie beispielsweise der Beamtengehälter, nur dann möglich sei, wenn die gesamte Bevölkerung mitwirkt, die erforderliche Steuerertragskraft und mögliche Ergiebigkeit der inneren Anleihe zu erzielen. Die Regierung habe bereits eine Anleihe auf der Grundlage des

Goldfranken und Steuerbonds ausgegeben und werde in nächster Zeit andere Papiere auf der Grundlage des Goldfranken zur Ausgabe gelangen lassen. Da die Postparasse Ersparnisse auf der Grundlage des Goldfranken annehme, werde die Bevölkerung wieder wie vor dem Kriege in die Lage versetzt, Geldersparnisse anzulegen. Im ganzen Lande müsse der gesunde Sinn für Sparen wieder aufleben und auf dieser Grundlage ein gesunder Staatskredit erblühen, der Polen so notwendig sei. Demnach will man in Polen ebenfalls der Inflation ein Ende machen.

Die Wöllersdorfer Staatswerke als Textilbetrieb. Die deutsch-österreichischen Wöllersdorfer Munitionswerke wurden bekanntlich durch Privatinitiative an einzelne Unternehmergruppen verpachtet. Während in hierbei ein Konzern beteiligt, in dem die A.G., die Metallum.-Akt.-Ges. in Berlin und österreichische Interessenten vertreten sind. Nunmehr hat der Industriekongress Dr. Braun-Stammfeld einen Vertrag abgeschlossen, durch den ihm ein Komplex in Wöllersdorf zur Gründung eines Textilwerkes und zwar einer Wollstofffabrik übertragen wird.

Die wirtschaftliche Lage Dänemarks. Das Sinken der Devisen der Länder Skandinaviens hat auch die erhöhte Aufmerksamkeit auf die Nordländer gerichtet. Insbesondere ringt Dänemark schwer mit wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten. Während der letzten Woche ist die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark um die außerordentlich große Zahl von 15000 auf insgesamt 50000 gestiegen. Zwar beruht diese starke Steigerung nicht etwa auf einer plötzlich eingetretenen Krise der Industrie, sondern ganz wesentlich auf den wirtschaftlichen Störungen, die sich durch die ankommende Kälte in der Schifffahrt und den Anhebungen ergeben. Amvrbän bedeutet es eine ziemlich schwere Belastung für die an sich im Augenblick nicht sonderlich ertragsfähige dänische Wirtschaft, eine so große Zahl Beschäftigungsloser zu ernähren.

Spanien wegen der Zollschwierigkeiten auf deutsche Waren. Eine Abordnung von 27 spanischen Handelsfirmen überreichte dem Diktator ein Gesuch auf Abschaffung der Zollschwierigkeiten auf deutsche Einfuhrwaren. Mit der Einfuhrung

der Goldmark und der Goldwährung sei auch jede Möglichkeit einer Inflation der Währung ausgeschlossen und auch eine Ueberschneuerung mit deutschen Waren unmöglich geworden. Die Reichhaltung der außerordentlich hohen Rolle komme einer gänzlichen Unerbindung des deutsch-spanischen Handelsverkehrs gleich.

Fabrikmäßige Herstellung von Schiffen. Angesichts der Krise in der Weltschifffahrt muß die Schiffbau-Industrie, um sich in der starken Konkurrenz zu behaupten, danach streben, unter Anwendung wirtschaftlicher Fertigungsmethoden, also vor allem durch Serienherstellung, Qualitätsarbeit zu leisten. Der Schiffbau ist ein Gebiet, das bisher hierfür wenig geeignet erschien. Daß es mit Hilfe einer gut durchgedachten Organisation aber doch möglich ist, den Schiffbau fabrikmäßig, also als Reihenbau, zu betreiben, hat die Vintco-Polmann-Landshammer N.V. erwiefen. Diese Firma hatte einen Auftrag auf 347 Flußschiffe als Reparationslieferung für Frankreich. Zunächst wurde ein Modellschiff gebaut und nach dessen Einzelheiten Schablonen hergestellt, da die Austauschbarkeit aller gleichen Teile angestrebt wurde. Mit Hilfe dieser Schablonen war die reihenweise Herstellung aller Einzelteile gewährleistet. Die Bleche wurden in ganzen Paketen gebohrt. Für die hydraulische Presse waren besondere Stempel und Matrizen angefertigt worden, um das Stanzen von Ausschnitten und Böchern eines größeren Stückes in einem Arbeitsgange zu ermöglichen. Auf diese Weise ließ sich eine geradezu riesige tägliche Leistung erreichen. Im ganzen wurden etwas 80 Tonnen Schiffbaumaterial täglich vorgearbeitet, das an die Werften geliefert und dort bloß zusammengebaut wurde. Durch die Austauschbarkeit und das zwanglose Passen aller Teile war die Montage wesentlich erleichtert. Die Erfahrungen, die beim Bau dieser Reifenserie gesammelt wurden, wendet die Gesellschaft nun an, um kleinere Reihen vielgebrauchter Flußschiffstypen zu bauen.

Verantwortlich: für Politik Ernst Voops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Literate Anton Fooker. Schriftlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Trinkt Schmalenberg's Weinbrand

aus reinen Weinen gebrannt

J. Schmalenberg, Aktien-Gesellschaft

Weinbrennerei und Spiritfabrik, Danzig

Möbelfabrik „Merkur“ G. m. b. H.

Telephon-Anschluß: Nr. 2590 und 5851
Verkaufsraum: III. Damm 2

— Große Auswahl in —

Herrenzimmern, Speisezimmern u. Schlafzimmern
in einfachster bis elegantester Ausführung

Danziger Aktien-Bierbrauerei

empfehl

Fassbier:

Artusbräu · Exportbier · Danziger Salvator

und Original-Flaschenbier-Abzug

Hotel Danziger Hof

Größtes Haus am Platze

Wintergarten u. Tanzpalais

Elegantes Weinrestaurant — Fockingstube

Deutsch-russisch. Kabarett **Bonbonniere**
„Fenervogel“ Größe u. eleganteste Bar
Erstklassiges Kabarett im Freizitat

Seidels KONDITOREI UND CAFÉ MOKKA-SALON

im Parkerte

Das elegante **LUXUS-CAFÉ**

an der 1. Etage

Breitgasse 8-9 Telefon 3283

Bierbrauerei Leonhard Waas

belle u. dankte Qualität-Lagerbier
Danziger Porterbier

Unsere Weinhandlung an der Großen Mühle 7

bestet Qualitätsweine: Weinweine, Roggenweine, Weinweine, immer alle Feinstweine

H. DANIELS & Co., G. m. b. H., Große Mühle

Kenner fordern Kühne's Essige aller Art

Essige aller Art
Feinweine
Feinschnitt mit Champagner-Sauer
Alleinige Fabrikanten: C. W. Kühne, Essig-, Most- und Konservfabrik, Danzig, Thomsen-Weg 11a.

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutzi Ohne Gewähr!

(D) Danziger Fernverkehr.

Danzig—Bromberg—Thorn—(Poznan—Warschan).

Danzig	ab 20, 70, 100, D 60, 65, D 65
Bromberg	an 70, 110, 70, 90, 110
Thorn	an 20, 60, 20
Poznan	an 80, D 100, 60
Warschan	an 90, 100, D 70

Crefelder Seidenhaus

Große Wollwebergasse 15
Telephon Nr. 3585

Erstes Haus für alle Seidenstoffe, Kleider- u. Mantelstoffe, Samte, Voiles glatt u. bedruckt

Molkerei Friedrich Dohm G. m. b. H.

Filialen:

Abtsicht Graben 25	Kohlengasse 5	Stadthaus
Handar 1	Schill 15	Langgasse, Hauptstr. 119
Kassabach Markt 1c	Schillinggasse 8	Neumühlendamm 15
Langgarten 103	Pfisterstraße 42	Schillerstr. Kirch. Str. 197
Kohlengasse 4	R. Damm 1	Zoppot, Danzig, Str. 55
	Köln 1204	Seestr. 44
		Oltwa, Klosterstr. 4

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.

Rittergasse Nr. 7-8

Brotfabrikation und Feinbäckerei

L. Cuttner Möbel-Fabrik Danzig



„Erika“ Schreibmaschinen

Felix Jacobsohn, Langgasse Nr. 37, Fernsprecher 571.

Alexander Barlasch

DANZIG, Fischmarkt 35
Arbeiter-Konfektion
Textilwaren jeder Art in nur reellen Qualitäten.

Max Hirsch & Co.

I. Damm Nr. 2
Haus für eleg. Herrenbekleidung

Textilbank A.-G. Danzig

Töpfergasse 23/24 Fernspr. 7060 u. 7061
Spezialverkehr mit der Lodzer Textil-Großindustrie

Danziger Bank für auswärtigen Handel

Aktien-Gesellschaft
Große Wollwebergasse Nr. 1

Felle aller Art

kaufe zu höchsten Preisen
FRANZ BOSS
Danzig: Holmarkt 5 — Langgasse: Hauptstraße 124